

Der Protest der Achtundsechziger zielte in allen westlichen Ländern auf eine andere Gesellschaft. Das sozial Imaginäre, das damit verbunden war, wurde auf neue Begriffe gebracht: „Être libre en 1968“, war an einer Treppe von Sciences Po zu lesen, „c'est participer.“ Freiheit wurde 1968 mit einem erweiterten Demokratiebegriff, der Demokratisierung aller Lebensbereiche, in Verbindung gebracht. In der Partizipation sah man das Mittel, Apathie und Gleichgültigkeit zu durchbrechen und das stillschweigende Einverständnis mit der bestehenden Ordnung aufzubrechen. Der Strukturwandel der Institutionen sollte aber nicht vom politischen System ausgehen. Der parlamentarischen Demokratie wurde „Aushöhlung“ angelastet. Es galt, sie durch eine außerparlamentarische Opposition und direkt-demokratische Strukturen zu ergänzen oder zu ersetzen.

Das Bild der „anderen“ Gesellschaft wurde nicht ausgemalt, denn einen Endzustand der Utopie gab es für die Neue Linke nicht. Die Utopie blieb in Bewegung, ein unvollendetes, permanentes Projekt. Beschrieben wurden jedoch – im „Kursbuch“, dem Forum der Außerparlamentarischen Opposition, oder auf Pariser Hauswänden – Kernelemente der erstrebten „anderen“ Gesellschaft mit Begriffen und Parolen wie „Assoziation freier Individuen“, „reale Demokratie“, „Aufbau rätendemokratischer Strukturen nach dem Vorbild der Pariser Kommune, „Dezentralisierung der Entscheidungen“, „Kooperation statt Subordination“, „Reduktion des Arbeitstages auf fünf Stunden“, „Leben ohne tote Zeit“, „Das Leben neu erfinden“.

Wie konnten diese Ziele erreicht werden? Die Transformationskonzeption der Neuen Linken lehnte – und hierin liegt eine ihrer Neuerungen – die „Strategie der zwei Schritte“ (Immanuel Wallerstein) in die „andere“ Gesellschaft ab. Sozialismus sollte sich nicht in der Eroberung der politischen Macht (politische Revolution) und der Verstaatlichung der Produktionsmittel (soziale Revolution) erschöpfen. Die neuere Geschichte habe gezeigt, argumentierten Gabriel und Daniel Cohn-Bendit 1968, dass die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln keineswegs mit dem Ende der Ausbeutung zusammenfalle und mit der Eroberung der politischen Macht lediglich eine neue Elite die andere ablöse. Es ging der Neuen Linken um Machtkontrolle, Abbau von Herrschaft und Hierarchien, nicht Machteroberung.

An die Stelle der Machteroberung im Staat trat die Antizipation freier Selbstorganisation der Gesellschaft durch die Schaffung von Gegenöffentlichkeit, von Gegeninstitutionen, Gegenkulturen und Gegenmilieus. Weltweit brachten die Achtundsechziger-Bewegungen eine breite und bunte Palette „gegenkultureller Räume“ hervor, zum einen durch Besetzung von kulturellen Institutionen (Universitäten, Theatern, Hörsälen, Redaktionen), von Straßen und Plätzen, aber auch durch Neugründungen von Kommunen und Kinderläden, alternativen Verlagen, Zeitschriften, Buchläden, Anwaltskanzleien oder Kliniken.

Damit löste die Neue Linke das Politische vom Staat und seinen Institutionen. „La politique est dans la rue“, lautete eine Parole in Frankreich. Das Politische manifestierte sich in Diskursen, die gängige Wahrnehmungsmuster der sozialen Welt auflösten. Die intellektuelle Neue Linke



Augenblicke, in denen alles möglich schien: Pariser Studenten ergreifen im Mai 1968 das Wort.

Foto AFP

Die Neuerfindung des Lebens

Mit ihren politischen Strategien und Lebensformen veränderte die Studentenbewegung die Wahrnehmung ihrer Zeit. Manches davon lebt in den heutigen Protestbewegungen fort.

und ihre studentischen Trägergruppen vermittelten so ein neues Verständnis von Politik. Man setzte auf die Politisierung der Gesellschaft „von unten“, knüpfte das Politische an das Miteinander-Reden-und-Reflektieren im öffentlichen Raum.

Die Besetzung des Odéon in Paris ist ein Beispiel dafür. „Die Phantasie übernimmt die Macht“ ist an den Wänden des von Studenten und Künstlern besetzten Theaters im Mai 68 zu lesen. Nicht die Ersetzung der alten durch eine neue Regierung, nicht eine wie auch immer geartete Reform der Universität ist das Ziel der Besetzer. Es geht um mehr, um eine neue Sprache, ein neues Denken, ein neues Zuhören. Mit anderen Worten: um neue Formen der Kommunikation und der Lebensführung. Angestrebt wird, wie es im Grundsatzpapier der Commission Culture et Créativité de Nanterre heißt, die Aufhebung der individuellen Entfremdung

durch Analyse und Kritik der Gesellschaft, in der Kultur zur Ware geworden und dadurch ihres kreativen und kritischen Potentials beraubt worden ist. Im besetzten Theater Odéon löst die freie Rede aller – jedermann soll sprechen können – das inszenierte Schauspiel ab. Studenten und Arbeiter, Hausfrauen, Kellner und Polizisten, Mitglieder religiöser Sekten und gelegentlich auch Paranoiker melden sich zu Wort. Im Mai 68 „das Wort ergreifen“ zu haben wurde in Paris der „Eroberung der Bastille“ 1789 gleichgesetzt. Die Wortergreifung wurde als Akt der Befreiung erfahren. Ausprobiert auch in Büros und Betrieben, vermittelte sie die „Freiheit, frei zu sein“, (Arendt) und erweiterte zugleich den Horizont des Politischen.

Die Neue Linke verfolgte, analytisch betrachtet, eine „Politik der Wahrnehmung“ (Pierre Bourdieu, 2001), „die darauf abzielt, durch Verändern oder Konser-

vieren der Kategorien, mittels deren die Ordnung der Dinge wahrgenommen, und der Worte, in denen sie ausgedrückt wird, diese Ordnung selbst zu erhalten oder umzustürzen“. Angesichts der Proteste in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und Deutschland schrieb Herbert Marcuse in „Versuch über die Befreiung“ (1968): „Die heutigen Rebellen wollen neue Dinge in einer neuen Weise sehen, hören und fühlen; sie verbinden Befreiung mit dem Auflösen der gewöhnlichen und geregelten Art des Wahrnehmens.“ Er folgerte: „Die Revolution muss gleichzeitig eine Revolution der Wahrnehmung sein, welche den materiellen und geistigen Umbau der Gesellschaft begleitet und die neue Umwelt hervorbringt.“

Radikale Gesellschaftskritik und kritische Ereignisse schufen im Frühjahr 1968 Momente, in denen, wie die Schriftstellerin Annie Ernaux in „Die Jahre“ schreibt,

„nichts von dem, was man für normal gehalten“ hatte, „mehr selbstverständlich“ war. „Familie, Erziehung, Gefängnis, Arbeit, Urlaub, Werbung, die gesamte Wirklichkeit kam auf den Prüfstand“ und „sogar die Worte derer, die Kritik übten“. „Man lernte neue Wörter, eine neue Art zu sprechen“, und „man wurde aufgefordert, seine Herkunft offenzulegen, ‚von wo aus sprichst du?‘“.

Das Experimentieren mit Wahrnehmungsweisen ist ein Kennzeichen der künstlerischen Avantgarde. Die Neue Linke knüpfte mit der Konstruktion von Situationen daran an. „Wer Situationen konstruiert“, war in der Zeitschrift „Situationalistische internationale“ (1959) zu lesen, „wandelt, indem er durch seine Bewegung auf die äußere Natur wirkt und sie umwandelt, zugleich seine eigene Natur um.“ Die Konstruktion von Situationen setzte ebenso wie das parallel ange-

wandte anarchistische Konzept der „direkten Aktion“ beim Individuum und dessen Veränderung in der und durch die Aktion an. Die Verbindung von individueller und kollektiver Emanzipation – Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung – machte eine Besonderheit und die Attraktivität der Neuen Linken aus. Die französischen Sozialwissenschaftler Luc Boltanski und Ève Chiapello beschrieben die neuen Protestformen der Achtundsechziger in „Der neue Geist des Kapitalismus“ als Übergang von der „Sozialkritik“ zur „Künstlerkritik“.

Die Charakterisierung der Achtundsechziger als bloße „Epigonen“ oder „Katalysatoren“ eines in der späten Adenauerzeit ansetzenden allgemeinen Demokratisierungsprozesses überzeugt vor diesem Hintergrund nicht. Die Transformationsstrategie und die Ziele der Achtundsechziger-Bewegung, ihr Politikverständnis und ihre den Nationalstaat transzendierende Kritik supranationaler Organisationen und Mächtsphären (Nato, amerikanischer und sowjetischer Imperialismus) waren neu, ebenso, dass sie dem Nord-Süd-Konflikt den Vorrang vor dem Ost-West-Konflikt einräumte. Die Neue Linke verfolgte ein sozialistisches Projekt, das die etablierte kapitalistische Gesellschaft ebenso transzendierte wie die Transformationskonzeptionen der traditionellen Linken.

Seit den neunziger Jahren knüpfen die globalisierungskritischen Bewegungen an das Transformationsprojekt der Neuen Linken an, ohne deren Geschichtsphilosophie zu folgen. Ausgehend von der Prämisse, dass die Strukturen und Kommunikationsformen der zukünftigen Ordnung bereits in der bestehenden Gesellschaft experimentell erprobt werden müssen, setzen sie wiederum auf die Schaffung von autonomen Räumen. Die Zapatisten in Mexiko (1994), Occupy Wall Street und die Indignados in Spanien (2011) sowie die Bewegung Nuit debout in Frankreich (2016) sind Beispiele dafür. Mit den Achtundsechziger-Bewegungen teilen sie die Überzeugung, dass „eine andere Welt“ ohne die Eroberung der politischen Macht im Staat erreicht werden kann. Der Politikbegriff der Neuen Linken, der das Politische vom Staat löst, lebt hier ebenso fort wie das Selbstverständnis, eine transnationale Bewegung zu sein und damit auch Gegner außerhalb der nationalen Grenzen (supranationale Organisationen, transnationale Konzerne, globale Mächtsphären) zu bekämpfen. An die zentrale Forderung der Achtundsechziger nach Partizipation knüpfen heute in Politikwissenschaft und politischer Philosophie, wie Antonio Florida in „From participation to deliberation“ (2017) zeigt, Debatten über eine deliberative, dialogische Demokratie an.

Im Frühjahr 1968 schufen radikale Gesellschaftskritik und kritische Ereignisse, die den Alltag und die normale Ordnung der Dinge durchbrachen, transitorische Momente, gekennzeichnet durch das Auftauchen der Möglichkeit des Neuen, die Wahrnehmung einer offenen Zeit. Es ist diese Öffnung eines Möglichkeitsraumes, von der die Magie, das Charisma von 1968 nach wie vor ausgeht. Die Ökonomisierung aller Teilbereiche unserer Gesellschaft sowie die sozialen und ökologischen Folgen einer Globalisierung im Geist des Neoliberalismus fordern heute – wie 1968 – zur Wortergreifung und zur Revolutionierung der Wahrnehmung heraus.

INGRID GILCHER-HOLTEY
Die Autorin ist Professorin für Geschichte in Bielefeld.

Ein Buch für alle könnte zu wenig sein

Der Plan der Universität Zürich, ihre Fachbibliotheken unter einem Dach zusammenzulegen, stößt auf heftige Kritik

Um 1900 hatte der preußische Ministerialdirektor Friedrich Althoff, der damals als heimlicher Kulturminister galt, eine Idee. In einem Schreiben forderte er die preußischen Bibliotheken auf, sich von ihren selten benutzten Büchern zu trennen, die er in einem Schloss in Celle zusammenführen wollte. Der Protest der Bibliotheksleiter gegen den geplanten „Bücherkirchhof“ (so ein Schreiben) fiel so harsch aus, dass Althoff den Plan sofort wieder fallen ließ. Für die Bibliothekare war die Auslagerung der Bücher der erste Schritt zu ihrem Niedergang. Das oberste Gebot, so ihr Konsens, ist die Nähe zum Leser.

Das macht verständlich, warum der Plan der Universität Zürich, rund zwanzig ihrer vierzig Seminarbibliotheken vor Ort zu schließen und in einer neuen Zentralbibliothek zusammenzuführen, die Züricher Universitätslandschaft in Wallung bringt. In das neue, für 2025 geplante Lehr- und Lernzentrum soll eine ganze Reihe von Instituten mitsamt ihren Bibliotheken umziehen. Ganz sicher die Ökonomen und Juristen, dazu einige geisteswissenschaftliche Institute, denen es vor dem Umzug graut. Das hat damit zu tun, dass sie dann, wie ein Kantonsbeschluss vorsieht, die über die Stadt verstreuten Privatvillen verlassen müssen, in denen sie bisher logieren (in Zürich herrscht Wohnungsnot). Vor allem aber liegt es daran, dass die Universität die Gelegenheit zu einer grundlegenden Rationalisierung der heutigen Struktur nutzen will. Durch ein internationales Gutachten hat man sich bestätigen lassen, wie verzettelt und unrentabel diese sei.

Den Instituten und Fakultäten würde das einen empfindlichen Autonomieverlust über ihre dann einer zentralen Leitung unterstellten Bibliotheken bringen. Manche Kritiker des Projekts sehen in dem geplanten Umzug nur den ersten Schritt zu einer Bibliothek ohne Bücher,

wie sie in Bibliothekskreisen modisch ist. Projektleiter und Prorektor Christian Schwarzenegger schwelgt zwar nicht in Hightech-Visionen wie der benachbarte ETH-Bibliotheksleiter Rafael Ball, der sich die Bibliothek der Zukunft in einem Interview als Rechenzentrum mit Büchern als Ziergegenstand vorstellte. Das neue Zentralinstitut wird aber kaum so groß sein, dass dort alle deportierten Bücher unterkommen. Auch die Zahl der Arbeitsplätze wird vermutlich schrumpfen.

Wie man von anderen Orten (etwa der Berliner FU) weiß, ist die Folge solcher Zentralisierungen fast immer: Werke werden aus ihrem intellektuellen Zusammenhang gerissen, die Fachkundigkeit des Personals nimmt ab, Bücher werden aus-

gesondert. Auch in Zürich läuft der Umzug auf einen massiven Eingriff in die Bestände hinaus. Nach Darstellung der Opponenten stehen rund zwanzig Prozent der Bücher zur Disposition. Schwarzenegger spricht von der Reduktion um ein Zehntel in Präsenz- und einem Drittel weniger in Ausleihbibliotheken. Auch das wäre ein empfindlicher Einschnitt.

Nach Darstellung der Universitätsleitung soll die Einsparung nur Zeitschriften, Lexika und Standardwerke betreffen, die in der neuen Struktur mehrfach vorhanden wären. Selten gelesene Bücher sollen auf ein Exemplar reduziert werden. In den Augen der Kritiker zeigt sich schon hieran, wie wenig die Projektplaner von der geisteswissenschaftlichen

Arbeitsweise verstehen. Nicht jedes selten verliehene Buch werde in einer Fachbibliothek auch selten gelesen. Es stehe ja vor Ort. Für abwegig hält man die Ansicht, ein ganzes Fach mit einem Exemplar abdecken zu können. Jeder Geisteswissenschaftler wisse, dass die Dynamik der Forschung unabsehbar sei: Autoren werden wiederentdeckt, Interessen verlagern sich, ein Buch, das heute in den Regalen schlummert, kann morgen heiß begehrt sein. Und auch in Zürich wird es schon vorgekommen sein, dass ein Buch von mehreren Personen gleichzeitig nachgefragt wird.

Während die Universitätsleitung die Vorläufigkeit der bisherigen Planungen betont, geht es für die Kritiker schon um

alles oder nichts. Hätte man erst einmal die Höhe der Budget und Personal der Fachbibliotheken aus der Hand gegeben, so der Romanist Michele Loporcaro, wäre man gegen jeden weiteren Rationalisierungsschritt machtlos. Loporcaro befürchtet, dass es von vielen Werken langfristig nur noch ein Exemplar geben wird und alle übrigen Leser mit Digitalisaten und Bildschirmtexten abgespeist würden. Was noch der Vorzugsfall wäre, denn alle ausgesonderten Bücher wird man aus Kostengründen nicht digitalisieren können.

In schmerzlicher Erinnerung sind Loporcaro die Erfahrungen mit der 2014 errichteten Speicherbibliothek in Büren, einem kleinen Dorf nahe Luzern. In dieses hochtechnisierte Außenlager mussten die Institute auf Weisung der Universität alte Bestände schicken, unter der Androhung, dass sie andernfalls keine neuen Bücher mehr bekämen. Mehrfach vorhandene Titel wurden bei der Verlagerung bis auf ein Exemplar eingestampft. Der Zugang zu den Büchern verzögerte sich erheblich. Laut den Leitlinien der Universität, die der F.A.Z. vorliegen, soll die Speicherbibliothek auch bei dem geplanten Umzug eine Rolle spielen.

Würden die Pläne wahr, verlören die Züricher Fakultäten nicht nur einen Teil ihrer Bücher, ihrer Autonomie und ihres Flairs, sondern auch ihre Herzkammer. Eine Fachbibliothek ist die intellektuelle und soziale Schaltzentrale eines Instituts. Bisher, so Loporcaro, sei es nicht gelungen, den Planern klarzumachen, dass ein geisteswissenschaftliches Seminar ohne Bibliothek so unvollständig wie ein naturwissenschaftliches Institut ohne Labor sei. Deutsche Universitäten werden die Züricher Vorgänge aufmerksam verfolgen. Manche von ihnen haben die Zentralisierung von Fachbibliotheken schon vollzogen, anderen steht sie bevor.

THOMAS THIEL



Hauptgebäude der Universität Zürich

Foto Mauritus